

Kirche und Gesellschaft



Klaus Stüwe

Die verunsicherte Demokratie

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ thematisiert aktuelle soziale Fragen aus der Perspektive der kirchlichen Soziallehre und der Christlichen Sozialethik.

THEMEN DER ZULETZT ERSCHIENENEN HEFTE:

Januar 2018, Nr. 446: Thomas Eggensperger
Arbeit, Freizeit und Muße. Zwischen Zeitsouveränität und Entschleunigung

Februar 2018, Nr. 447: Eva M. Welskop-Deffaa
Das Soziale in der digitalen Marktwirtschaft.
Anmerkungen zur sozialpolitischen Agenda der 19. und 20. Legislaturperiode

März 2018, Nr. 448: Ursula Nothelle-Wildfeuer
Joseph Kardinal Höffner und die Christliche Gesellschaftslehre.
Sein Beitrag zu ihrer Fortentwicklung

VORSCHAU:

Mai 2018, Nr. 450:
Peter Schallenberg, Arnd Küppers zum Themenbereich
„Regierungsbildung in Deutschland“

Juni 2018, Nr. 451:
Marco Bonacker, Gunter Geiger zum Themenbereich
„Politische Arbeit der katholischen Bildungshäuser“

September 2018, Nr. 452:
Jochen Sautermeister, Lars Schäfers zum Themenbereich „Konstruktiver
Journalismus“

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61/8 15 96-0 · Fax 0 21 61/8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2018

© J.P. Bachem Medien GmbH, Köln

ISBN 978-3-7616-3201-7

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Demokratien weltweit erleben wir gegenwärtig eine tiefe Verunsicherung. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von „den Politikern da oben“ im Stich gelassen. Das Vertrauen in die etablierten politischen Entscheidungsprozesse und die klassischen Medien hat beinahe flächendeckend abgenommen. Gleichzeitig erhalten politische Bewegungen Zulauf, die Politik und Medien unter Berufung auf „das Volk“ fundamental kritisieren und die Funktionsfähigkeit der Demokratie generell in Zweifel ziehen.

Von der norwegischen Fortschrittspartei und den Schwedendemokraten im Norden über den französischen Front National, die britische Ukip, die deutsche AfD, Österreichs FPÖ, die Schweizerische Volkspartei, bis zur italienischen Lega Nord im Süden: In allen westeuropäischen Demokratien feiern (rechts-)populistische Parteien derzeit Erfolge. In einigen ostmitteleuropäischen jungen Demokratien (Polen, Ungarn und die Slowakei) stellen sie sogar die Regierung. Gerade weil er sich vehement vom sogenannten „politischen Establishment“ abgrenzte, kam auch in den USA mit Donald Trump ein Mann in das Präsidentenamt, der die Unzufriedenheit vieler Amerikaner mit dem Funktionieren des demokratischen Systems verkörperte.

Die Erfolge solcher Parteien und Politiker haben wiederum ihrerseits zu einer erheblichen Verunsicherung innerhalb demokratischer Systeme geführt. Bei der Frage, ob und auf welcher Ebene man sich mit populistischen Kritikern der freiheitlichen Demokratie argumentativ auseinandersetzen soll, herrscht große Unsicherheit. Während die einen für eine konsequente Ignorierung und politische Ausgrenzung plädieren, suchen andere die argumentative Auseinandersetzung. Wieder andere übernehmen zumindest punktuell politische Positionen populistischer Parteien, in der Hoffnung, damit verlorengegangene Wählerstimmen zurückzugewinnen zu können. In einigen Ländern – nicht in Deutschland – sind etablierte Parteien offen für eine Zusammenarbeit bis hin zur gemeinsamen Regierungsbildung.

Die öffentliche Debatte wird angesichts dieser Verunsicherung in vielen Ländern von der Meinung beherrscht, die Demokratie sei in der Krise. Doch ist diese alarmistische Diagnose begründet? Ja und nein. Was wir derzeit in vielen Demokratien an Veränderungen beobachten, ist durchaus ernst zu nehmen. Die wichtigsten Herausforderungen werden im ersten Teil dieses Aufsatzes thematisiert. Deren lang- und kurzfristigen Ursachen sowie die strukturellen Probleme demokratischer Verfassungsstaaten werden im nächsten Schritt analysiert. Doch

am Schluss steht die These, dass zwischen Herausforderungen und bestandsgefährdenden Störungen unterschieden werden muss. Es mag schwierige Hausaufgaben geben, aber die Demokratie ist noch lange nicht am Ende.

Unzufriedenheit

Die liberalen Demokratien sind seit einiger Zeit mit beträchtlichen Herausforderungen konfrontiert. Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren des demokratischen Prozesses, der seit den 1990er Jahren in den Ländern der Europäischen Union im Trend kontinuierlich gestiegen war, erlebte im Jahr 2015 erstmals einen erheblichen Rückgang. Beispiel Deutschland: Die jährlich durchgeführten Eurobarometer-Umfragen zeigen, dass zwischen 1991 und 2015 sowohl in West- als auch Ostdeutschland eine leichte Zunahme der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie zu beobachten war. Im Herbst 2015 sank die Zufriedenheit jedoch rapide ab. Waren im Frühjahr 2015 noch 71 Prozent der Deutschen „sehr zufrieden“ oder „ziemlich zufrieden“ mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland gewesen, schrumpfte dieser Anteil innerhalb nur eines halben Jahres auf 63 Prozent.¹ Ganz offensichtlich gab es zu diesem Zeitpunkt Entwicklungen in der deutschen Politik, auf die die Deutschen negativ mit einer geringeren Demokratiezufriedenheit reagierten. Seitdem konnten sich die Werte nur teilweise wieder erholen. In Ostdeutschland bleibt die Zufriedenheit mit der Demokratie nach wie vor deutlich niedriger als in Westdeutschland.

Insgesamt betrachtet, sind Zufriedenheitswerte in Gesamtdeutschland allerdings noch höher als in den meisten anderen Demokratien Europas. Lediglich einige nordeuropäische Länder wie Dänemark, Schweden und Finnland wiesen in einer Umfrage des *Pew Research Centers* Ende 2017 höhere Zufriedenheitswerte als Deutschland auf. In Großbritannien und Polen ist jedoch nur etwa die Hälfte der Bürger mit ihrem politischen System zufrieden. In den von der EU-Staatsschuldenkrise und der Migration besonders betroffenen südeuropäischen Ländern haben die Unzufriedenen sogar eine Zweidrittelmehrheit – oder sogar noch deutlich mehr, wie in Griechenland, wo 79 Prozent unzufrieden sind. Auch eine Mehrheit der US-Amerikaner (51 Prozent) ist nach dieser Umfrage unzufrieden damit, wie die Demokratie in ihrem Land funktioniert.

Sinkendes Vertrauen

Eine weitere Beobachtung ist, dass das Vertrauen der Bürger in politische Institutionen wie Regierungen, Parlamente und Parteien stetig sinkt. Dieser Trend ist nicht neu, sondern lässt sich schon seit den 1990er Jahren beobachten. Während man in Deutschland und anderen europäischen Demokratien vor gut 20 Jahren noch von einem mittleren Vertrauensniveau von gut 50 Prozent für Regierung und Parlament ausgehen konnte, lag dieser Wert 2017 europaweit bei nur noch rund 36 Prozent. Im Jahr 2015 hatten gar nur noch 24 Prozent der Europäer Vertrauen in Parlament und Regierung. Noch schlechter schneiden die politischen Parteien ab, denen durchschnittlich nur 20 Prozent der Bürger vertrauen.

Demgegenüber erfreuen sich nicht-majoritäre Institutionen, die nicht gewählt werden, sondern eher administrative Funktionen wahrnehmen, stabiler oder sogar wachsender Vertrauenswerte. So haben laut derselben Umfrage z.B. 83 Prozent der Befragten Vertrauen in die Polizei, 80 Prozent in die Universitäten und 53 Prozent in die Bundeswehr. Bemerkenswert ist, dass in Deutschland unter den Verfassungsorganen seit vielen Jahren der Bundespräsident und das Bundesverfassungsgericht die höchsten Vertrauenswerte besitzen, also solche Institutionen, auf deren Besetzung die Bürger ebenfalls keinen unmittelbaren Einfluss haben. Darin zeigt sich eine erstaunliche Paradoxie der heutigen repräsentativen Demokratie: Unpolitische und überparteiliche Einrichtungen werden von vielen Bürgern höher geschätzt als diejenigen Institutionen, die von ihnen selbst demokratisch bestimmt werden können.

Ob sich dieser Trend als eine „schleichende Entdemokratisierung des Wertesystems der Bürger“ (Wolfgang Merkel) deuten lässt, bleibt offen. Dass politisch neutrale Institutionen, bei denen man Sachverstand und Effizienz „anstelle von Parteiengezänk“ vermutet, gegenüber den gewählten Repräsentationsorganen präferiert werden, ist allerdings ein Warnsignal.

Wachsende Distanz zu den politischen Eliten und Medien

Viele Menschen fühlen sich von ihren gewählten Repräsentanten nicht mehr vertreten und glauben, die wirklichen Entscheidungen würden an anderer Stelle getroffen. Viele haben den Eindruck, dass ihre Sorgen und Ängste nicht gehört oder nicht ernst genommen werden. Nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung werden Politiker vielfach als fernab der Lebensrealität der Menschen wahrgenommen. „Ich habe das

Gefühl“, sagte ein befragter Bürger im Interview aus, „dass unsere Politiker nicht richtig wissen, was die Menschen wollen“. Politik werde nach Ansicht der in dieser Studie Befragten zu wenig für die Bürger gestaltet und ist stattdessen zu sehr von der Wirtschaft und Partikularinteressen beeinflusst.² Diese weitverbreitete Meinung findet sich auch in anderen Demokratien: Das *Trust Barometer* der weltweit tätigen PR-Agentur Edelman, für das jedes Jahr mehr als 33.000 Menschen in 28 Ländern der Welt befragt werden, stellte 2018 in beinahe allen untersuchten Demokratien ein weiteres Absinken des Vertrauens in die politischen Eliten fest. In den USA ist das Vertrauen in die Politiker so niedrig wie nie seit dem Beginn entsprechender Umfragen vor 60 Jahren.

Misstrauen gegenüber politischen Eliten ist für die Demokratie eigentlich nichts Ungewöhnliches. Die Idee der demokratischen Kontrolle von Macht, von Opposition und das Konzept der Gewaltenteilung entspringt letztlich ja einem gewissen Misstrauen gegenüber den Trägern politischer Herrschaft. Von grenzenlosem Vertrauen allein kann auch die beste Demokratie nicht leben. Beunruhigend ist jedoch, dass die Repräsentanten von Demokratien heute zunehmend Angriffen ausgesetzt sind, die kein Maß mehr zu kennen scheinen. Die Kritik gegenüber politischen Akteuren wird immer häufiger durch Beleidigungen, Respektlosigkeit und Hassgefühle geprägt.

Auch das Vertrauen in die klassischen Medien, die für die Vermittlung von Politik in der Demokratie eine zentrale Rolle spielen, hat erkennbar gelitten. Nach einer Umfrage des Instituts Forsa ging das Vertrauen der Deutschen in die Presse 2017 innerhalb nur eines Jahres um vier Punkte auf 40 Prozent zurück. Auch hier gibt es ein deutliches Ost-West-Gefälle. Ostdeutsche schenken den Medien deutlich weniger Vertrauen als die Westdeutschen: Nur 16 Prozent der Menschen in Ostdeutschland trauen z.B. dem Fernsehen, im Westen sind es 30 Prozent.³ Zwar gibt es nach aktuellen Erkenntnissen der *Langzeitstudie Medienvertrauen* (Universität Mainz) hier durchaus auch positive Zahlen; zuletzt stieg das Vertrauen in die Medien wieder an, und der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die Tagespresse genießen das Vertrauen von etwa zwei Dritteln der Bevölkerung. Dennoch gibt mehr als ein Drittel der deutschen Bevölkerung an, gesellschaftliche Zustände anders wahrzunehmen, als diese von den Medien dargestellt werden. Individuell als wichtig empfundene Themen werden laut knapp einem Viertel der Menschen von den Medien nicht entsprechend gespiegelt.⁴

Von einer solchen Wahrnehmung ist es bis zum Vorwurf der „Lügenpresse“ nicht weit.

Auch dieser Trend lässt sich in anderen Ländern beobachten. 70 Prozent aller Befragten weltweit äußerten in der Umfrage des *Trust Barometers* die Sorge, dass Falschinformationen oder Fake News politisch instrumentalisiert werden könnten.⁵ Die politische Kommunikation hat sich seit einigen Jahren durch das Internet ohnehin auf geradezu revolutionäre Weise verändert. Die klassischen Medien wie Presse, Funk und Fernsehen, erscheinen vielen Menschen angesichts des Informations- und Kommunikationspotenzials des Internets überflüssig. Der für den demokratischen Prozess so wichtige politische Diskurs wird vielfach gar nicht mehr geführt: In den digitalen sozialen Netzwerken neigen viele dazu, sich nur mit Gleichgesinnten zu umgeben und sich dabei gegenseitig in der eigenen Position zu bestärken.

Veränderung des Parteiensystems

Gravierend ist schließlich auch der fast schlagartige Wandel der Parteiensysteme vieler Demokratien. Ein Parteiensystem ist eigentlich nie statisch. Die allmähliche Veränderung der Parteienlandschaft ist ein Phänomen, das sich in allen Demokratien beobachten lässt. In den letzten 20 Jahren waren die Veränderungen jedoch besonders drastisch. Dazu gehört insbesondere der erhebliche Abschwung der Volksparteien, der sich sowohl in den Mitgliederzahlen als auch in den Wahlergebnissen äußert. So hat in Deutschland die SPD seit 1990 mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder verloren, die CDU rund 45 Prozent. Bei den Bundestagswahlen von 2017 erzielte die SPD mit 20,5 Prozent und die CDU mit 33 Prozent das schlechteste Ergebnis seit 1949. Von der nachlassenden Bindekraft der ehemaligen Volksparteien profitieren die kleineren Parteien. Die Zeiten eines Drei- oder Vier-Parteiensystems, wie es die Bundespolitik bis Ende der 1970er Jahre dominierte, gehören endgültig der Vergangenheit an. Grüne und Linke konnten sich langfristig auf dem Wählermarkt etablieren, und auch die FDP schaffte 2017 ihr Comeback. Mit der AfD, die auf 12,6 Prozent kam, zog zudem eine Partei des weit rechten Spektrums in den Bundestag ein. Zuvor hatte die rechtspopulistische und teilweise als völkisch-nationalistisch eingeschätzte Partei bereits bei zahlreichen Landtagswahlen Erfolge erzielt. Damit spielen nunmehr insgesamt sieben Parteien auf Bundesebene eine Rolle. Die Folgen für das politische System sind beträchtlich: Je mehr Parteien im Parlament agieren und je kleiner die ehemals großen Parteien werden, desto schwieriger werden

Koalitionsbildungen. Nach der Bundestagswahl 2017 dauerte es 177 Tage, bis eine neue Regierung vereidigt werden konnte.

Ähnliche rapide Veränderungen können wir auch in anderen Demokratien beobachten. In Spanien wirbelte die erst 2014 gegründete linke spanische Protestpartei Podemos die Parteienlandschaft durcheinander. In den Niederlanden stürzte die jahrzehntelange Regierungspartei „Partei der Arbeit“ im Frühjahr 2017 von 24,8 auf 5,7 Prozent ab. In Frankreich kollabierte bei den Wahlen von 2017 ein jahrzehntelang etabliertes Parteiensystem. 2018 erlebte das Parteiensystem Italiens eine tiefgreifende Umwälzung. Noch volatiler erscheinen die Parteiensysteme vieler junger Demokratien, insbesondere in ostmitteleuropäischen Staaten. Fragmentierung, Polarisierung und das Erstarken populistischer Strömungen kennzeichnen heute die Parteiensysteme vieler, wenn nicht der meisten, Demokratien.

Es sind allerdings durchaus auch längerfristige Wandlungsprozesse in der Gesellschaft, die zu einer Erosion der klassischen Parteien geführt haben. Soziale Milieus, die einst Parteiidentifikation gestiftet hatten, sind seit Jahrzehnten in einem Auflösungsprozess. In Verlauf gesellschaftlicher Individualisierung und Pluralisierung zerrinnen den Parteien zunehmend ihre Zielgruppen. Mit ihrer stetig schrumpfenden klassischen Wählerklientel, den Arbeitern für die SPD und den Katholiken für die Union, können die beiden ehemaligen Volksparteien heute längst keine Wahlen mehr gewinnen. Sie müssen auf neue Wählerschichten zielen, was wiederum zu einer Enttäuschung von Stammwählern führen kann. Wähleransprache und auch Wählerbindung wird für die politischen Parteien unter diesen veränderten gesellschaftlichen Bedingungen immer schwieriger. Die gesellschaftlichen Veränderungen sind überdies eingebettet in die Logik der modernen Fernseh- und Internetdemokratie, der sich auch die politischen Parteien nicht entziehen können. Wahlkämpfe und auch Regierungstechniken haben sich unter diesen Bedingungen erheblich verändert. Wo Politik manchmal Unterhaltungs- und Showcharakter annimmt, um wahrgenommen werden zu können, geschieht dies mitunter zu Lasten von Ernsthaftigkeit und Substanz.

Ursachen der Verunsicherung

Infolge solcher gesamtgesellschaftlichen Veränderungen hat sich nicht nur das Parteiensystem, sondern das demokratische System insgesamt verändert. Ein Teil der heute als Krise der Demokratie empfundenen

Phänomene lässt sich auf Modernisierungsprozesse und Aspekte eines sozialen Wandels zurückführen, die schon vor Jahrzehnten begonnen haben und immer noch anhalten. Doch dies erklärt nicht, warum es in vielen Demokratien gerade in den vergangenen zehn Jahren zu einer wachsenden Verunsicherung und in deren Folge zu gravierenden Umwälzungen in der Parteienlandschaft gekommen ist. Es kann keinen Zweifel geben, dass es vor allem auch aktuelle Entwicklungen sind, auf die viele Bürger in den Demokratien mit Verunsicherung reagieren. Zwei Faktoren sind hier an erster Stelle zu nennen: Globalisierung und Digitalisierung.

Globalisierung

Der Begriff Globalisierung beherrscht seit den 1990er Jahren den politischen Diskurs. Ursprünglich im ökonomischen Bereich verwendet, um die zunehmende globale Verflechtung der Volkswirtschaften und insbesondere der Finanzmärkte zu umschreiben, bezeichnet er mittlerweile auch Prozesse, die viele weitere Bereiche internationaler Vernetzung wie Technologietransfer, Kommunikation, Transport und grenzüberschreitende Mobilität umfassen. Aber auch Problemfelder globaler Verflechtung wie organisierte Kriminalität, Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, internationale Konflikte und Migration werden damit in Zusammenhang gebracht. Diese breite Interpretation des Begriffs spiegelt zugleich die Ambivalenz von Globalisierungsprozessen wider: Chancen können damit ebenso verbunden werden wie Risiken. Aus ökonomischer Perspektive wird die Globalisierung meistens begrüßt. Man erwartet, dass durch mehr Handel und eine verstärkte weltweite Arbeitsteilung der Wohlstand im globalen Rahmen wächst. Auch eine gut ausgebildete, kosmopolitisch sozialisierte jüngere Generation, die auf einem internationalen Arbeitsmarkt agiert und im Privaten weltoffen ist, steht dem Prozess der Globalisierung zumeist positiv gegenüber. Globalisierungskritiker verweisen hingegen auf mögliche negative Folgen der internationalen Vernetzung. Während aus dem linken Spektrum der Globalisierungsskeptiker vor allem ökologische und soziale Gefahren thematisiert werden, kritisiert das rechte Spektrum insbesondere, dass durch Migration die eigene Kultur bedroht werde. Skeptisch sind auch viele Ältere, eher Traditionsorientierte, Menschen mit eher geringer beruflicher Qualifikation oder solche, die sich von einem sozialen Abstieg bedroht fühlen.

Diese Ambivalenz und die Tatsache, dass es 2008 mit der Finanzkrise sowie 2015 mit der Flüchtlingskrise zwei Ereignisse gab, die vielen

Menschen ganz konkret die möglichen Folgen von Globalisierung vor Augen führte und ihre unmittelbare Umwelt veränderte, erzeugte bei globalisierungsskeptischen Menschen vielfach Ängste, die aber in der Öffentlichkeit lange von fast allen politischen Parteien tabuisiert und verdrängt wurden. Dies führte letztlich dazu, dass sich die Ängste in politischen Demonstrationen und im Erstarken populistischer oder radikaler Parteien entluden. Je nachdem, ob sich die Ängste primär aus ökonomischen oder aber kulturellen Ursachen speisten, profitierten davon entweder linkspopulistische Bewegungen (wie Podemos in Spanien und Syriza in Griechenland) oder Rechtspopulisten (wie die AfD in Deutschland oder der Front National in Frankreich).

Digitalisierung

Neben der Globalisierung ist die Digitalisierung ein zweiter Prozess, der seit einiger Zeit für einen tiefgreifenden Wandel in jedem Lebensbereich sorgt. Die mit Computertechnologie, Internet, neuen Medien usw. einhergehenden Veränderungen in unserer Bildungs-, Wirtschafts- und Arbeitswelt, in Gesellschaft und im Privatleben vollziehen sich in so großer Geschwindigkeit und mit so tiefgreifenden Folgen, dass manche sogar von einer digitalen Revolution sprechen. Doch auch der Prozess der Digitalisierung ist von großer Ambivalenz und hat potenzielle Gewinner und Verlierer. Digitalisierung mit ihrer Vernetzung von Wissenschaft und Forschung kann ein Motor für Wachstum und Wohlstand sein. In den wohlhabenden Staaten ist eine junge, technikaffine Generation auf die Herausforderungen der digitalen Welt nicht nur gut vorbereitet, sondern gestaltet sie aktiv mit. Für sie bietet die digitale Zukunft viele Chancen in Beruf und Freizeit. Doch andere fühlen sich vom rasanten Fortschreiten der Digitalisierung bedroht, weil sie z.B. keinen Zugang zu modernen Kommunikationstechnologien haben, weil sich ihr Berufsbild radikal ändert, ihr Arbeitsplatz vielleicht sogar wegrationalisiert wurde oder auch weil sie um ihre informationelle Selbstbestimmung fürchten. Die Digitalisierung erzeugt somit einen umfassenden Veränderungsdruck, der einerseits vielen Menschen neue berufliche und private Aussichten eröffnet, andererseits aber vielen Menschen auch Angst macht.

Auch auf diese Sorgen haben demokratische Politiker und Parteien derzeit keine überzeugende Antwort. Die Ambivalenz des Themas macht ihnen zu schaffen: Einerseits sollen sie die Digitalisierung fördern, z.B. das Breitbandnetz ausbauen, damit das Land konkurrenzfähig bleibt. Andererseits sollen sie die potenziellen Risiken minimieren

und den Digitalisierungsprozess gestalten. Doch wie sollen global agierende Internetkonzerne wie Facebook und Google von national-staatlich organisierten Demokratien reguliert werden? Die begrenzte Steuerungsfähigkeit politischer Akteure wird im Zeitalter der Digitalisierung zunehmend zu einer Herausforderung für die Demokratie selbst.

Strukturelle Probleme der Demokratie

Neben den seit langem ablaufenden gesellschaftlichen Veränderungsprozessen und den aktuellen Herausforderungen durch Globalisierung und Digitalisierung gibt es noch einen dritten Faktor, der zur gegenwärtigen Krisendiagnose beiträgt: die strukturellen Probleme der Demokratie. Winston Churchill hatte Recht: „Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind“. Der moderne demokratische Verfassungsstaat ist zwar das beste aller Herrschaftsmodelle, aber dennoch nie perfekt. Er ist eine stets irgendwo defizitäre Ordnungsform, und zwar unabhängig davon, in welcher konkreten Form er in einem Land jeweils realisiert wurde.

In der Politikwissenschaft gibt es seit Jahrzehnten einen Diskurs darüber, welche Vor- und Nachteile die verschiedenen Demokratietypen und Regierungssysteme haben. Am Ende aller Vergleiche von Konsens- und Mehrheitsdemokratien, präsidentiellen und parlamentarischen Regierungssystemen usw. steht jedoch in der Regel die Feststellung, dass es eine ideale Form der Demokratie nicht gibt. Jeder Demokratietypus hat zwar jeweils bestimmte Vorteile, aber eben auch gewisse strukturelle Probleme, die sich unvermeidlich auf die Demokratiezufriedenheit auswirken.

So wird z.B. in der Bundesrepublik Deutschland mit Recht die Komplexität demokratischer Entscheidungsprozesse kritisiert. Das komplizierte System des Zusammenwirkens der verschiedenen Verfassungsorgane im föderativen System wird einerseits von vielen Bürgern nicht richtig verstanden, andererseits führt es mitunter zu Blockaden, langwierigen Aushandlungsprozessen oder zu für alle Beteiligten unbefriedigenden Kompromissen. In Großbritannien wird hingegen häufig beklagt, dass die Mehrheit ohne Rücksicht auf Minderheitspositionen durchregieren kann. In Frankreich problematisiert man die schwache Stellung des Parlaments, in Österreich die parteipolitische Durchdringung weiter Teile der gesellschaftlichen Organisationen. In den USA

ist die Kritik am System der „checks and balances“, das zur Selbstblockade der politischen Institutionen führen kann, beinahe so alt wie die Verfassung selbst. Noch gravierender sind die strukturellen Probleme in anderen Ländern, zumal auch in noch relativ jungen Demokratien, wo wir nicht selten instabile Parteiensysteme, ineffektive Staatlichkeit, hohe Staatsverschuldung, korrupte politische Eliten usw. vorfinden.

Überaus komplex sind auch die politischen Strukturen und Prozesse in der supranationalen Mehr-Ebenen-Demokratie der Europäischen Union. Die Verteilung von Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedsländern sowie die Kompetenzen der EU-Organe sind sogar für Insider nur schwer zu durchschauen. Auch wenn es vereinfachend die institutionellen Zwänge außer Acht lässt, von denen eine gemeinsame Politik von 28 Staaten unvermeidlich geprägt wird, so ist das Bild einer komplizierten und undemokratischen EU fast schon zum Gemeinplatz geworden.

Solche strukturellen Probleme, die sich mit Reformen zwar mildern, aber wohl nie völlig beseitigen lassen, tragen zur gegenwärtigen Krisendiagnose der Demokratie bei. Die gewollte Komplexität demokratischer Strukturen und Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse führt dazu, dass manche ökonomische, soziale oder kulturelle Aufgabe erst recht spät gelöst wird. Insbesondere im Vorfeld von Wahlen sind repräsentative Demokratien selten entscheidungsfreudig, damit mit potenziell unpopulären Maßnahmen keine Wähler verprellt werden. Manchmal werden mit Blick auf Stimmenmaximierung bei Wahlen eigentlich notwendige Reformen sogar überhaupt nicht angepackt. Manche Kritik an der Demokratie ist somit durchaus begründet.

Ist die Demokratie in der Krise? Plädoyer für einen realistischen Optimismus

Die These von der Krisenanfälligkeit der Demokratie ist im Grunde so alt wie die Demokratie selbst. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass in der politischen Theorie „Demokratie“ und „Krise“ schon seit den antiken Autoren eine Art Begriffspaar bilden. Bereits Platon und Aristoteles, betrachteten die Demokratie äußerst skeptisch und hielten sie für fehleranfällig und instabil. Diese Kritik an der Demokratie zog sich über das Mittelalter bis in die Neuzeit hinein.⁶ Insofern ist die gegenwärtige Krisen-debatte nichts Neues. Gleichwohl kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Krisendiagnosen seit der Jahrtau-

sendwende nicht nur im öffentlichen Diskurs, sondern auch in der politischen Theorie erheblich zugenommen haben.

Abschied vom demokratischen Staat?

So stellte etwa der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch im Jahr 2004 die These auf, die Demokratie habe in den USA, Westeuropa und Japan ihren Zenit überschritten. Zwar gebe es dort weiterhin freie Wahlen und demokratische Institutionen, doch schwinde die Partizipation der Bürger ebenso wie das Ansehen von Parteien, Parlamenten und Regierungen. Demokratie sei letztlich nur noch eine bloße Fassade – eine „Postdemokratie“. Die Göttinger Politikwissenschaftler Danny Michelsen und Franz Walter verwiesen 2013 in ihrem Buch „Unpolitische Demokratie“ auf eine erkennbare Diskrepanz zwischen politischem Regulierungsbedarf und politischer Ohnmacht, die sie als Krise der repräsentativen Demokratie interpretierten. Im selben Jahr veröffentlichte der Soziologe Ingolfur Blühdorn seine viel beachtete Analyse „Simulative Demokratie“, in der er den gegenwärtigen Zustand der Demokratie weniger als Krise denn als „Paradox“ beschrieb: Einerseits seien demokratische Grundnormen und Werte nach wie vor gültig und sie würden im politischen Diskurs von allen Seiten beschworen; andererseits nähmen Bereitschaft und Fähigkeit ab, sich davon in die Pflicht nehmen zu lassen. In den USA sorgt derzeit das Buch „Why Liberalism Failed“ des konservativen Politikwissenschaftlers Patrick Deneen für Aufsehen, in dem dieser die Diskrepanz zwischen dem liberalen Anspruch der Demokratie und deren gegenwärtiger Realität als „absurdes Theater“ bezeichnet.⁷ Dies sind nur einige Beispiele aus der jüngeren Literatur, die sich mit den aktuellen Entwicklungen in modernen Demokratien beschäftigen.

Herausforderungen annehmen

Besteht demnach Grund für Beunruhigung? Ja, denn die Phänomene, die wir derzeit in vielen etablierten Demokratien der Welt beobachten, sind durchaus ernst zu nehmen. Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, der Vertrauensverlust gegenüber den politischen Eliten, das Erstarken populistischer Parteien und eine mangelnde Gestaltungsfähigkeit der politischen Institutionen stellen große Herausforderungen dar. Wenn sich Unzufriedenheit, Enttäuschung und mangelndes Vertrauen in die Politik auf individueller oder gar gesamtgesellschaftlicher Ebene als verbreitete Einstellungen manifestieren, wenn sie zu einem generellen Unbehagen werden und sich

zu einem demokratiekritischen Dauerkomplex fixieren, dann hat die Demokratie ein Problem. Dann ist nicht ausgeschlossen, dass populistische Strömungen die Regierung übernehmen und die Rechtsstaatsdimension der Demokratie scheinbarweise demontieren, indem sie z.B. die Pressefreiheit einschränken oder die Unabhängigkeit der Justiz in Frage stellen.

Ist die Demokratie demnach derzeit in der Krise? Unter dem Begriff Krise versteht man gemeinhin eine Zeit der Gefährdung, einen Wendepunkt in einer gefährlichen Entwicklung, der zur Katastrophe führen kann. Ein derartiger Alarmismus ist jedoch nicht angebracht. Man muss zwischen Herausforderungen und bestandsgefährdenden Störungen unterscheiden. Die oben genannten Herausforderungen sind zwar „schwierige Hausaufgaben“,⁸ aber nicht unbedingt bestandsgefährdende Funktionsstörungen der Demokratie. Wie die empirische Demokratieforschung zeigt, ist trotz aller gegenwärtigen Probleme bislang noch keine einzige Demokratie weltweit in eine existenzielle Krise geraten.⁹ Selbst in dem von ökonomischen Dauerkrisen geschüttelten Griechenland ist die Demokratie keineswegs kollabiert. Auch im globalen Rahmen kann nach den Analysen von Demokratieindices wie *Freedom House*, *Democracy Barometer* von einem „democratic rollback“ keine Rede sein. Es gibt somit bislang keinen empirischen Beweis für die These, dass die aktuellen Herausforderungen zum Zusammenbruch der Demokratie führen können.

In einer realistischen Analyse kann es freilich auch keinen Zweifel geben, dass die oben dargestellten Entwicklungen zentrale Herausforderungen darstellen, die die etablierten Demokratien bislang nicht gelöst haben. Klar ist, dass sich die längerfristig ablaufenden gesellschaftlichen Veränderungen, die sich heute auf die demokratischen Prozesse auswirken, nicht rückgängig machen lassen. Aber die Risiken, die sich aus aktuellen Entwicklungen wie der Globalisierung und der Digitalisierung ergeben, müssen von den politischen Akteuren stärker in den Blick genommen werden. Dass sich Teile des Demos von den demokratischen Akteuren und Institutionen nicht mehr repräsentiert fühlen, darf nicht einfach hingenommen werden. Große sozioökonomische Ungleichheit stellt für jede Demokratie ein Problem dar, das zwar nicht völlig beseitigt werden kann, aber doch gemildert werden muss. Hier bedarf es größerer Anstrengungen. Auch strukturelle Reformen der demokratischen Systeme können erforderlich sein, um die Steuerungsfähigkeit der Politik zu verbessern. Die Verbesserung demokrati-

scher Strukturen und Prozesse bleibt eine ständige Aufgabe für alle Demokratien.

Fähigkeit zur Fehlerkorrektur

Demokratien sind zudem niemals statisch, sondern dynamische Systeme. Sie verändern sich mit der Zeit. Der Wandel der Demokratie ist auch nicht ausschließlich aus einer Perspektive der Problemanalyse zu sehen. Einige Entwicklungen sind durchaus auch positiv: Die Wahlbeteiligung steigt beispielsweise in einigen Ländern nach Jahrzehnten des Rückgangs wieder an. Bei den Bundestagswahlen in Deutschland stieg sie beispielsweise von 71,5 Prozent (2013) auf 76,7 Prozent (2017) an. Ähnliche Entwicklungen gab es 2017 in den USA, Großbritannien und Österreich. Die Zukunft der Demokratie ist ohnehin nicht mehr nur mit den konventionellen Kategorien demokratischer Partizipation zu erfassen. So sind junge Menschen zwar weniger bereit, sich in politischen Parteien zu engagieren, aber dafür beteiligen sie sich umso mehr in sozialen Netzwerken, Internet-Petitionen oder ehrenamtlichen Projekten wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr oder in der Flüchtlingshilfe. Die Demokratie der Zukunft wird anders aussehen als heute, aber nicht unbedingt schlechter.

Trotz aller Verunsicherung: Es besteht Grund für Optimismus. Schon Alexis de Tocqueville thematisierte 1835 in seinem Buch „Über die Demokratie in Amerika“ die Fehleranfälligkeit der Demokratie. Sie ist eben keine perfekte Ordnungsform. Der kluge Franzose erkannte jedoch auch, dass die Demokratie im Gegensatz zu anderen Regierungsformen prinzipiell zur Fehlerkorrektur fähig ist. Fehlentscheidungen können korrigiert werden, ohne dass das ganze System in Frage gestellt werden muss. Dies ist ein entscheidender Unterschied zu nicht-demokratischen Regierungsformen. Die Geschichte zeigt, dass es in denjenigen Demokratien, die sich seit der Mitte des 20. Jahrhunderts langfristig etablieren konnten, immer wieder zu erfolgreichen Kurskorrekturen gekommen ist.

Anmerkungen

- 1 Quelle: Eurobarometer 2017.
- 2 Jana Faus, Rainer Faus, Alexandra Gloger, Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland. Berlin 2016.
- 3 Quelle: Forsa.
- 4 Universität Mainz, Vertrauen in öffentliche Kommunikation: Dynamik, Ursachen und Folgen von Vertrauen in öffentliche Kommunikation. Forschungsergebnisse der Welle 2017 [<https://mediervertrauen.uni-mainz.de/forschungsergebnisse/>].
- 5 2018 Edelman Trust Barometer Global Report, S. 16 [[http://cms.edelman.com/sites/default/files/2018-02/2018 Edelman Trust Barometer Global Report FEB.pdf](http://cms.edelman.com/sites/default/files/2018-02/2018%20Edelman%20Trust%20Barometer%20Global%20Report%20FEB.pdf)].
- 6 Dante Germino, Critiques of Democracy, in: Seymour Martin Lipset (Hrsg.), The Encyclopedia of Democracy, Bd.1. London 1995, S. 319-327.
- 7 Colin Crouch, Post-Democracy. Oxford 2004 (deutsch: Postdemokratie. Frankfurt am Main 2008); Danny Michelsen und Franz Walter, Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation. Berlin 2013; Ingolfur Blühdorn, Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin 2013; Patrick Deneen, Why Liberalism Failed. New Haven und London 2017.
- 8 Manfred G. Schmidt, Krisentheorien der Demokratie. Online-Manuskript 2015 [[http://www.uni-heidelberg.de/md/politik/personal/schmidt/2015 krisentheorien der demokratie verteilerversion.pdf](http://www.uni-heidelberg.de/md/politik/personal/schmidt/2015_krisentheorien_der_demokratie Verteilerversion.pdf)].
- 9 Hierauf verweist mit Recht immer wieder Wolfgang Merkel, z.B. in: Die Herausforderungen der Demokratie, in: Wolfgang Merkel (Hrsg.): Demokratie und Krise. Wiesbaden 2015, S. 7-42.

Der Verfasser

Prof. Dr. Klaus Stüwe, ist Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft und Vizepräsident der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.